

## **Vieles besser, statt alles gleich – für ein schlankes Europa der Stärke**

Bayern ist unsere Heimat, Deutschland ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft. Das ist und bleibt das klare Leitmotiv der CSU. Wir sind die Europapartei der ersten Stunde und haben die Europäische Union seit ihrer Gründung konstruktiv mitgestaltet. Dabei bleibt es.

Wir beobachten jedoch mit großer Sorge, wie von einigen Kräften immer wieder versucht wird, aus der Europäischen Union ein Projekt zu machen, das nicht die Menschen, sondern die Institutionen und Eliten in den Mittelpunkt stellt. Während die Menschen stolz sind, Bayern und Deutsche, Franzosen oder Spanier zu sein, fordern auch jetzt wieder europaradikale Politiker die Vereinigten Staaten von Europa oder die Vergemeinschaftung von Schulden. Die Quittung dafür ist ein Europa, das in Teilen mit Skepsis betrachtet wird. Großbritannien hat mit dem Brexit bereits die Konsequenz gezogen. Wir wollen nicht, dass weitere Länder folgen. Wer jetzt nach mehr Zentralisierung ruft, provoziert den nächsten Austritt.

Wir, die CSU im Bundestag, glauben an die Kraft von Subsidiarität und Eigenverantwortung. Wir wollen mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen. Wir wollen keinen europäischen Zentralstaat, sondern Kompetenzen zurück in die Mitgliedsstaaten und Regionen. Wir wollen ein Europa der Bürger, der Nationen, der Regionen, der Vielfalt. Wir wollen ein Europa, in dem die Menschen den Mehrwert der Europäischen Union spüren, um dem zunehmenden Nationalismus in einigen Mitgliedsstaaten entgegenzutreten. Wir wollen ein Europa, in dem vieles besser, aber nicht alles gleich wird. Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung sind dabei grundlegende Ordnungsprinzipien der Europäischen Union, die von jedem Mitgliedstaat einzuhalten sind. Wir wollen, dass Deutschland ein souveräner, selbstbewusster Nationalstaat ist, fest verankert im vereinten Europa und der westlichen Wertegemeinschaft – ein verlässlicher Partner in der Welt.

- **Wir kämpfen für ein schlankes Europa der Stärke.** Die Europäische Union muss sich wieder auf die Kernaufgaben konzentrieren, die wir gemeinsam besser lösen können als jeder Mitgliedstaat alleine. Wir brauchen ein Europa, das sich den großen Fragen widmet – wie der Bewältigung der Flüchtlingskrise, dem Grenzschutz, der Verteidigung, der Bekämpfung des Terrorismus oder dem Funktionieren des Binnenmarktes. Die unnötige Einmischung in Details der Rechtsordnung der Mitgliedstaaten widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip und missachtet die nationale Identität. Übergriffe in gut funktionierende Regelwerke – wie etwa die geplante Vereinheitlichung des Kaufrechts – lehnen wir ab. Kompetenzübertragungen dürfen keine Einbahnstraße von den Mitgliedstaaten zur EU bleiben. Unsere konsequente Forderung, die EU-Kompetenzordnung umfassend auf den Prüfstand zu stellen, zeigt erste Erfolge: Die Europäische Kommission hat endlich eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Empfehlungen zur besseren Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit vorlegen und Vorschläge machen soll, in welchen Bereichen Zuständigkeiten an die Mitgliedstaaten zurückübertragen werden können. Wir machen weiter Druck, damit die Kommission hier liefert.

- **Wir wollen Europa Grenzen setzen.** Wir machen keine europäische Integration auf Autopilot. Deshalb wollen wir eine Finalität der EU bestimmen, indem wir klare Kriterien definieren, ab welchem Punkt der Integrationsprozess zu Ende ist und wir keine weiteren Kompetenzen mehr nach Brüssel verlagern wollen. Das Konzept einer schrankenlosen „ever closer union“ hat keine Akzeptanz in der Bevölkerung und ist gescheitert. Wir brauchen jetzt eine klare Verständigung darüber, in welchen Politikfeldern wir eine weitgehende Integration wollen, wo die Nationalstaaten ihre Kompetenzen behalten sollen und wo wir Kompetenzen auf die nationale Ebene zurück verlagern können.
- **Wir brauchen eine neue Debattenkultur in Europa.** Sachliche Kritik an EU-Institutionen und europäischer Politik offenbart noch keine antieuropäische Haltung, sondern gehört zur Demokratie dazu. Genauso wie man eine deutsche Regierung kritisieren darf, ohne gleich unpatriotisch zu sein, so muss auch jeder die EU-Institutionen kritisieren dürfen, ohne gleich antieuropäisch zu sein. Die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung kann nur mit einer offenen, demokratischen Debattenkultur gesteigert werden, nicht mit der pauschalen Verunglimpfung oder Tabuisierung von EU-Kritik. Alle Verantwortlichen in Europa sind aufgefordert, diese Debatte zuzulassen.
- **Wir wollen einen funktionierenden Vertrag von Maastricht.** Wir wollen die Eurozone zurück zu Regeleinhaltung und Stabilität führen, indem in einem funktionierenden Vertrag von Maastricht die Stabilitätsversprechen für den Euro eingehalten und mit stringenten Regeln untermauert werden. Die Fiskalregeln sollen dabei klar und transparent ausgestaltet sein und ihre Einhaltung einheitlich und nachvollziehbar überwacht werden. Der Automatismus bei Sanktionen soll erhöht und ein geordnetes Insolvenzverfahren für Schuldenstaaten eingeführt werden. Der Zielkonflikt einer Geldpolitik und Aufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) muss aufgelöst werden. Wir wollen deshalb in Europa eine Aufsichtsstruktur schaffen, die eine Trennung vorsieht. Eurobonds, eine Vergemeinschaftung von Schulden, einen europäischen Finanzausgleich, ein Eurozonen-Budget und einen europäischen Finanzminister lehnen wir entschieden ab.
- **Wir wollen den ESM zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln.** Die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und des Fiskalvertrages muss sachgerechten Zielen folgen, nicht politischen Interessen. Deshalb wollen wir die Kontrolle der beiden Instrumente von der Kommission auf den ESM übertragen. Dazu sollen auch die strengen Standards des IWF, wie zum Beispiel bei der Sanierung von Staaten, für den ESM übernommen werden. Zur Verbesserung des Krisenlösungsmechanismus wollen wir außerdem eine automatische Laufzeitverlängerung bei Staatsanleihen für Mitgliedstaaten, sobald ein ESM-Programm vereinbart wird. Das hält den hilfeschuchenden Staat und seine privaten Gläubiger in der Verantwortung und schont die Mittel des Fonds.
- **Wir wollen kein weiteres Hilfsprogramm für Griechenland.** Der ESM soll Mitgliedstaaten mit Liquiditätsproblemen unterstützen, nicht Pleite-Staaten künstlich subventionieren. Diesen Grundsatz gilt es auch im Falle Griechenlands einzuhalten. Das dritte Hilfspaket muss das letzte sein. Ein weiteres Hilfsprogramm wäre weder im Interesse der anderen Länder der Eurozone noch im Interesse Griechenlands. Wir erwarten, dass die griechische Regierung ihre zugesagten Reformen im Rahmen des aktuellen

Hilfsprogramms konsequent und innerhalb des vereinbarten Zeitplans umsetzt. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir das Ziel Griechenlands, sich nach Ablauf des dritten Programms wieder selbst am Kapitalmarkt zu finanzieren.

- **Wir fordern gesamteuropäische Anstrengung bei der Bewältigung der Migrationskrise.** Es ist nicht akzeptabel, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnimmt als alle anderen 27 EU-Staaten zusammen. Eine Reform der Dublin-Verordnung darf nicht dazu führen, diese ungleiche Lastenverteilung noch zu verschärfen. Deshalb lehnen wir die jüngsten Vorschläge des Europäischen Parlaments entschieden ab, den Familienbegriff auszuweiten und gleichzeitig die Anforderungen an den Nachweis des Familienverbands abzusenken sowie das Prinzip der Zuständigkeit des Ersteinreiselandes abzuschaffen. Das hat unsere Europagruppe im Europäischen Parlament auch bereits zum Ausdruck gebracht. Außerdem wollen wir die Asylverfahren einschließlich der Standards bei der Versorgung und Unterbringung von Asylbewerbern harmonisieren, um Pull-Faktoren zu reduzieren. Deutschland darf nicht länger das Hauptziel sein für Flüchtlinge aus der ganzen Welt. Darüber hinaus wollen wir eine EU-weite Durchführung von Asylverfahren an der EU-Außengrenze und direkte Rückführung von dort. Mit den Herkunfts- und Transitstaaten wollen wir Vereinbarungen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens schließen. Die EU-Missionen zur Aufnahme von Bootsflüchtlings darf kein Shuttleservice nach Europa sein, sondern muss sich auf die Rettung und Rückführung konzentrieren. Gerettete Bootsflüchtlinge müssen in sichere Einrichtungen in Nordafrika unter Beteiligung des UNHCR gebracht werden.
- **Wir stehen für sichere Grenzen.** Die EU Außengrenzen müssen sicher sein. Dazu wollen wir den Außengrenzschutz auf Vordermann bringen und die Kontrollmöglichkeiten an den Binnengrenzen deutlich erweitern – bis hin zur Zurückweisung in Fällen offensichtlich illegaler Einreise. Die Europäische Grenz- und Küstenwache Frontex muss weiter gestärkt und zu einem echten Grenzschutz ausgebaut werden. Solange der Außengrenzschutz nicht hinreichend gewährleistet ist, müssen Binnengrenzkontrollen flexibler, länger und einfacher möglich sein. Wir fordern deshalb eine Umkehr der Beweislast: Die Kommission soll klar belegen müssen, dass die Außengrenzen sicher sind. Nur dann kann an eine Beendigung wiedereingeführter Binnengrenzkontrollen gedacht werden. Ist das nicht der Fall, müssen nationalen Grenzkontrollen ohne weitere Begründung möglich sein.
- **Wir wollen einen sofortigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.** Die repressive Politik Präsident Erdogans disqualifiziert das Land für einen EU-Beitrittsprozess. Für neue, realistische Kooperationsformen mit der Türkei als Sicherheits- und Wirtschaftspartner sind wir offen. Eine Visaliberalisierung ist derzeit ausgeschlossen. Der allgemeine Beitrittsstopp muss bis auf weiteres fortgelten. An der Beitrittsperspektive für die Länder des Westbalkans halten wir zwar fest, hier muss aber Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen. Bei der Erfüllung der Beitrittskriterien werden wir kein Auge zudrücken und ohne Abstriche auf die Einhaltung pochen. Es darf keine politischen Rabatte geben.

- **Wir wollen eine starke Partnerschaft mit Großbritannien.** Ein Brexit, der nur Verlierer kennt, muss verhindert werden. Für Deutschland ist das Vereinigte Königreich das zweitwichtigste und für Bayern sogar das wichtigste europäische Exportland. Wir setzen auf enge Kooperation auch nach dem Austritt, nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch bei innerer und äußerer Sicherheit, Bildung und Forschung. Ein künftiges Abkommen muss den Binnenmarktregeln möglichst nahekommen, mit den entsprechenden Rechten und Pflichten. Klar ist aber auch: Ohne substanzielle Beiträge kann Großbritannien nicht weiter alle Vorteile genießen. Gleichzeitig müssen wir die Gründe für die Brexit-Entscheidung ernst nehmen. Gerade die missbräuchliche Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme beunruhigt viele Menschen zu Recht. Wir wollen daher wichtige Punkte der vor dem Brexit mit dem früheren Premierminister Cameron vereinbarten Reformagenda weiter umsetzen. So müssen das Freizügigkeitsrecht überprüft und bestehende Lücken geschlossen werden. Vorhandene Spielräume zur Missbrauchsbekämpfung sind voll auszuschöpfen. Kindergeld für im Ausland lebende Kinder muss an die dortigen Lebenshaltungskosten gekoppelt werden.
- **Wir starten durch beim europäischen digitalen Binnenmarkt.** Junge Unternehmen sind nicht im Silicon Valley wegen der mangelnden Verkehrsanbindung, der schwachen digitalen Infrastruktur oder den überhöhten Mieten. In allen diesen Punkten sind wir deutlich besser. Sie gründen in den USA, weil sie mit ihrem Geschäftsmodell einen riesigen Markt erreichen und dadurch schnell wachsen können. Auch hier kann Europa besser sein. Wir haben die Chance auf einen einzigartigen Standortvorteil für Gründer und Startups: Zugang zum größten Binnenmarkt der Welt – mit über 500 Millionen Menschen. Dafür müssen wir unsere Regeln konsequent anpassen und eine schnelle, einfache und unbürokratische Skalierung von innovativen Geschäftsmodellen ermöglichen. Außerdem brauchen wir mehr europäische Investitionen in die digitale Infrastruktur und die Förderung von Startups sowie die Entwicklung einer sicheren und leistungsfähigen Euro-Cloud. Gleichzeitig fordern wir ein Wettbewerbsrecht 4.0. Wenn zentrale Marktzutrittsbarrieren wie Produktionsmaschinen oder teure Werkstoffe entfallen, wird Marktmacht zur Momentaufnahme und ist als zentraler Bewertungsmaßstab des Kartellrechts nicht mehr zeitgemäß. Wir brauchen ein Wettbewerbsrecht, das enge Kooperationen zwischen Unternehmen unterstützt und nicht verhindert – und die Entstehung von europäischen Digitalkonzernen ermöglicht, die international eine kritische Größe erreichen. Außerdem wollen wir in Europa ein modernes Datenschutzrecht, das die Datenökonomie ermöglicht und die Interessen der Menschen berücksichtigt. Wir machen uns auch weiter für eine europäische strategische Industrie- und Standortpolitik stark. Das dient der Sicherung von europäischem Know-How und heimischen Schlüsseltechnologien angesichts globaler Herausforderungen.
- **Wir machen ernst mit der europäischen Verteidigung.** Mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) machen die 25 beteiligten EU-Mitgliedstaaten den wichtigen ersten Schritt auf dem Weg zu einer echten Verteidigungsunion, die unsere Kräfte effektiv bündelt, aber die nationale Souveränität der Mitgliedsstaaten beibehält. Hier sind jetzt Mut und Tempo gefragt. Diese gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen ändern nichts an unserem festen Bekenntnis zum transatlantischen Bündnis, das Garant unserer Sicherheit und Freiheit bleibt. Die europäische Verteidigung ergänzt und stärkt die NATO, macht Europa strategisch autonomer und schafft mehr Sicherheit. Durch engere Kooperation bei

der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern bekommen wir Europäer mehr und besseres Material für unser Geld, können reibungsloser zusammenwirken und unsere Verteidigungsindustrie wettbewerbsfähig halten.

- **Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen.** Für ein sicheres Deutschland, das seiner europäischen und internationalen Verantwortung gerecht wird, brauchen wir eine schlagkräftige, moderne Bundeswehr. Landes- und Bündnisverteidigung sowie internationales Engagement sind nicht umsonst zu haben. Bestmögliche Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung der Soldatinnen und Soldaten wie auch die Ertüchtigung und Modernisierung der Bundeswehr insgesamt kosten Geld. Investitionen sind u. a. in den Bereichen Digitalisierung, Verlege- und Transportfähigkeit, unbemannte Aufklärung wie bewaffnungsfähige Drohnen sowie mobile taktische Kommunikation notwendig. Wir wollen daher den Verteidigungsetat den gestiegenen Anforderungen anpassen und orientieren uns weiter am NATO-Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die notwendige Modernisierung der Streitkräfte und Wiederherstellung unseres Abschreckungspotenzials ändert nichts daran, dass unsere Türen gegenüber Russland offenbleiben: Viele weltpolitische Probleme können nur gemeinsam gelöst werden, echte Abrüstung, auch im nuklearen Bereich, ist nur mit Russland möglich. Wir sind bereit, tatsächlichen Fortschritten in der Ostukraine und in der Krimfrage im Rahmen des Sanktionsregimes flexibel Rechnung zu tragen.
- **Wir wollen eine verlässliche europäische Agrarpolitik.** Eine zukunftsorientierte Agrarpolitik muss weiterhin ein Pfeiler europäischer Politik bleiben. Die gesellschaftlichen Ansprüche an unserer Bäuerinnen und Bauern und die ökonomische Stabilität der Landwirtschaft in ihren vielfältigen Strukturen, insbesondere mit kleineren und mittleren Betrieben, erfordern auch nach 2020 eine solide Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf vergleichbarem Niveau. Mit ihrer Ausrichtung auf Einkommensstabilität einerseits und als wesentlicher Teil des Bündnisses der Landwirtschaft mit der Gesellschaft andererseits soll die GAP vereinfacht und modernisiert werden. Für die Gesamtleistungen an die Landwirtschaft je Hektar brauchen wir eine Obergrenze.
- **Wir wollen eine europäische Entwicklungspolitik, die in Afrikas Zukunft investiert.** Der Marshallplan mit Afrika legt den Grundstein für eine neue Partnerschaft Europas mit Afrika. Notwendig sind mehr Privatinvestitionen und der Aufbau fairer Handelsbeziehungen, ein Mittelstandsförderprogramm, eine Ausbildungsoffensive für die Jugend sowie ein Rückkehrerprogramm für Flüchtlinge und Migranten. Denn: Wenn wir in den Heimatländern Perspektiven schaffen, wird der Migrationsdruck gesenkt. Im Gegenzug verpflichten sich die afrikanischen Regierungen zu Reformen. Korruptionsbekämpfung und Menschenrechte sind Schlüssel des Erfolges. Auf europäischer Seite müssen Mitgliedstaaten und EU ihre Initiativen besser koordinieren. Die EU-Finanzplanung ist auf eine nachhaltige Entwicklung auszurichten, Investitionen auf die Stärkung der Beziehungen zu Afrika zu fokussieren. Die bestehenden Finanzinstrumente der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik müssen zusammengeführt, flexibilisiert und der Europäische Entwicklungsfonds in den EU-Gesamthaushalt integriert werden. Wir wollen außerdem den Mittelaufwuchs für die Entwicklungszusammenarbeit im Bundeshaushalt steigern. Parallel zu Erhöhungen des

Verteidigungshaushalt wollen wir auch die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mindestens im Maßstab 1 : 1 aufstocken. Insbesondere sollen die Länder mehr Geld aus der Entwicklungszusammenarbeit erhalten, die mit uns bei der Rücknahme von Flüchtlingen konsequent zusammenarbeiten. Das heißt im Klartext: Wer aktiv kooperiert, der profitiert.